



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1

*

solidaritaet@gmx.at

*

März 2025

USA/NATO – Russland – Europa/EU/NATO/Deutschland – und wo steht Österreich?

Jeder gegen jeden:

Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg

Österreich müsse sich positionieren. Am besten an der Seite der NATO, sagen jetzt gerne zitierte „Experten“ aus oder für Deutschland. Ja, Österreich muss sich positionieren. Schnell! Weder an der Seite von USA/EU/Deutschland, noch an der Seite Russlands oder einer anderen Großmacht! Österreichs Entscheidungsträger müssen endlich das achten und umsetzen was wir haben, was die Bevölkerung auch will: die immerwährende Neutralität!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege der USA z.B. gegen Jugoslawien (unter Mithilfe Deutschlands), oder der USA gegen Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien usw. verurteilen.

Spätestens auf und nach der „Münchner Sicherheitskonferenz“, eigentlich Kriegskonferenz, lichteteten sich die Nebel der Kriegstreiber, war die Katze aus dem Sack. Hofften „die Europäer“, also das transatlantische europäische- und NATO-EU-Establishment, weil immer treu an der Seite der USA/NATO, dass sie nun, nachdem sie neben den USA den jahrelang durch die NATO-Osterweiterung in und mit der Ukraine provozierte

Auseinandersetzung mit Russland im Ukrainekrieg, den Stellvertreterkrieg zwischen USA/NATO und Russland um die Ukraine, mit massiver Kriegspropaganda und militärischer Unterstützung als Juniorpartner mitbetrieben, dass sie nun beim Aufteilen und beim „Dealen“ dabei sein werden, wurden sie sowohl von den USA (Trump, Vance) als auch von Russland (Lawrow) regelrecht vorgeführt.

Schadenfreude ist aber nicht am Platz, denn das alles steigert die Gefahr noch weiterer und größerer Kriege, ja die Gefahren eines Weltkrieges noch weiter.

Fortsetzung Seite 4

Zu den zweimal gescheiterten und laufenden

Koalitionsverhandlungen

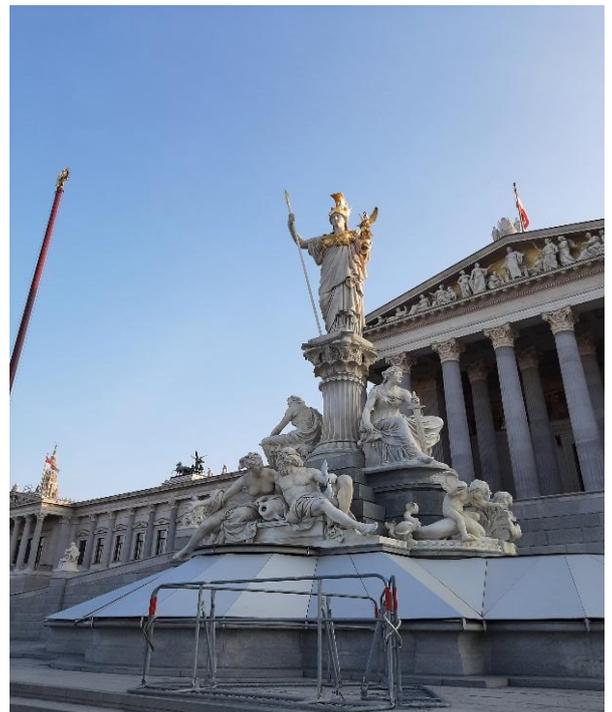
ÖVP und Bundespräsident Van der Bellen verbreiteten vor und nach den Wahlen, dass sie ein Schutzschild gegen Rechts sein würden. Doch die ÖVP wurde und wird immer mehr zu einer rechten Partei.

Schon in fünf Bundesländern ist sie Steigbügelhalter der Rechten, der FPÖ. Nach Nehammer gab Van der Bellen Kickl den Regierungsbildungsauftrag. Nach dem Scheitern von Nehammer und Kickl mit der Regierungsbildung, soll jetzt doch die immer mehr nach rechts rückende ÖVP mit SPÖ und NEOS eine Regierung bilden.

ALLE etablierten Parteien trugen und tragen zum Aufstieg der Rechten, der FP, bei:

- durch ihre ständige Belastungspolitik in allen Lebensbereichen auf Kosten der Bevölkerung im Interesse der Profite der Reichen, der Industrie und Konzerne

Fortsetzung nächste Seite



- durch die ständige Aushöhlung der Neutralität und das Hineinziehen Österreichs in die Kriegsvorbereitungen von USA, NATO EU, Deutschland (zuletzt mit dem Vorhaben Sky Shield) anstatt einer echten Neutralitätspolitik gegen die Kriegstreiber in Ost und West

Und jetzt? Dass es eine BELASTUNGSPOLITIK gegen die Bevölkerung im Interesse der Wirtschaft geben soll, darüber sind sich ALLE PARTEIEN einig.

Egal ob in der schwarz-grünen Noch-Regierung, ob in den von NEOS, ÖVP mit der SPÖ, dann von der FPÖ mit der ÖVP aufgekündigten Koalitionsverhandlungen, ob in den neuerlichen Koalitionsgesprächen von ÖVP, SPÖ und NEOS: am von FP-VP bereits nach EU-Brüssel gemeldeten blau-schwarzen Belastungsbudget soll festgehalten werden. Zuerst hatte die ÖVP nach dem Abspringen der NEOS die SPÖ-Forderungen schon zusammengestutzt. Dann ließ die FP den Regierungsbildungsauftrag von Van der Bellen mit der ÖVP nicht am geplanten Belastungspaket platzen, sondern daran, dass die FP nicht die gewünschten Ministerposten bekam.

Der Wutausbruch von Industriellen-Chef Knill darüber, dass die FP-VP-Regierung nicht zustande kam, zeigt, wie die „Sozialpartner“-Unternehmerseite tickt und dient auch dazu, auf SPÖ und ÖGB Druck auszuüben, die Forderungen der Industrie möglichst weitreichend in einer neuen Regierung auf jeden Fall durchzusetzen. Das Motto lautet: Die Industrie diktiert und alle Parteien, egal ob ÖVP, FPÖ, SPÖ, Neos, Grüne oder die ÖGB-Sozialpartner sollen deren Forderungen umsetzen.

Jetzt (Stand 21.2.2025) zwingt die ÖVP die SPÖ auf den „Blau-Schwarzen-Budgetpfad“ und nimmt als weiteres Druckmittel gegen die SPÖ wieder die NEOS an Bord. VP-SP-NEOS wollen schon in den ersten beiden Jahren 2025/2026 fast 15 Milliarden Euro der 18 bis 24 Milliarden Euro an Belastungen in einem Doppelbudget fixieren. Warum will man bereits in den ersten beiden Jahren zwei Drittel bis drei Viertel der Einsparungen erreichen? Geht man etwa schon davon aus, dass die Regierung sowieso nicht fünf Jahre hält? Je 250 Millionen Euro jährlich sollen von den Banken und Energiekonzernen, mehr als 500 Millionen jährlich durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge bei den Pensionisten und 2,3 Milliarden durch Streichung des Klimabonus kommen. Während die Konzernabgaben befristet sind, ist das bei den Pensionskürzungen und beim Klimabonus – also für Millionen von Menschen – unbefristet vorgesehen. Kommt die Bankenabgabe wirklich, ist bereits eingerechnet, was Banken sowieso anbieten sollen (günstige Kredite für Häuslbauer, Export, Bankomaten, usw.). Das ist eine Augenauswischerei bei 30 Milliarden Gewinn der Banken allein in den vergangenen drei Jahren. Die Energiekonzerne wiederum machten zwischen 2022 und 2024 erhebliche „Übergewinne“. Allein OMV und Verbund zahlten 7 Milliarden Euro Dividenden aus. Eine geplante Senkung von „Lohnnebenkosten“ der Unternehmer geht auf Kosten der Familienförderung. Vorgesehen ist auch ein auf drei Jahre befristeter „Mietendeckel“. Allerdings sollen im Gegenzug Vermietern drohende Milliardenrückzahlungen wegen jahrelanger unrechtmäßiger Indexerhöhungen erlassen werden.

Gewinner sind die Hausherren, Verlierer die Mieter! Insgesamt soll ein Belastungspaket kommen, das in vielen Bereichen auch schon von Blau-Schwarz vorgesehen war – nun statt mit der FPÖ, jetzt mit SPÖ und Neos.

Zudem: Mehr Überwachungs- und Polizeistaat unter schwarzer Machtvorherrschaft, denn VP Karner will bleiben. Kickl wollte das auch, eben unter blauer Machtvorherrschaft. Wer Karner als Innenminister will und hat, braucht dort keinen Kickl. Auch Karner ist kein Garant des Rechtsstaates – siehe Karners Vorschläge zur „anlasslosen Massenüberwachung“ usw. usf. Wer glaubt, so Kickl (in Zukunft) verhindern zu können, täuscht sich.

AUFRÜSTUNG ÖSTERREICHS AN DER SEITE DEUTSCHLANDS – das war und ist für alle etablierten Parteien kein Problem – auch für FP/Kickl nicht. Für Österreich und seine Bevölkerung heißt das aber Warnstufe rot!

Die ÖVP und ihre Finanziere (Industrie und Wirtschaft) haben als Hauptbedingung an FP/Kickl für eine Regierungsbeteiligung gestellt, dass die Aufrüstungspolitik Österreichs im Rahmen der EU (in der 23 von 27 Staaten in der NATO sind), insbesondere in Anlehnung an die deutsche EU/NATO-Luftabwehr (Stichwort Sky Shield) fortgesetzt wird. Dazu hat erst am 17. Jänner 2025 Kriegsverteidigungsministerin Klaudia Tanner mit Deutschland und der Schweiz eine Kooperation über die gemeinsame Luftabwehr geschlossen (siehe:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250120_OTS_0001/deutschland-die-schweiz-und-oesterreich-vereinbaren-engere-zusammenarbeit-ihrer-luftstreitkraefte,
<https://aviation.direct/deutschland-oesterreich-und-die-schweiz-vertiefen-zusammenarbeit-der-luftstreitkraefte>).

Diese Zusammenarbeitsvereinbarung erfolgte mitten in den FP-VP-Regierungsverhandlungen. Tanner erklärte: „An Sky Shield soll eine FP-VP-Koalition nicht scheitern“ (Kurier, 21.1.2025). Na klar, ob Sky Shield oder „nur“ Kooperation vor allem mit Deutschland und der Schweiz (im D-A-CH-Format) oder wie immer das genannt wird, Hauptsache die „Kriegskooperation“ wird unter Umgehung unserer Neutralität fortgesetzt. Das heißt: Österreichs Luftabwehrsysteme sollen mit den Systemen der Deutschen Bundeswehr „interoperabel“, also für ein „Zusammenspiel“ mit deutschen und EU-NATO-Militärsystemen zurechtgemacht werden. Eine Ablehnung dieser Kooperation hat man von FP/Kickl oder auch von anderen Parteien nicht gehört! Außerdem hatte beim FP-VP-Postenschaer um das Innen- und Finanzministerium die FP nichts dagegen, der ÖVP das Außen- und Verteidigungsministerium zu überlassen, wo der Anschluss an die Kriegspolitik von USA-NATO-EU- Deutschland betrieben wird.

Dazu passen auch die an die Öffentlichkeit gelangten Protokolle zu den gescheiterten FP-VP-Verhandlungen. Dort steht ausdrücklich: Es gibt ein „*Grundsatzbekenntnis zu Luftraumüberwachung, Luftraumverteidigung und Systemlückenschlüssen ...*“ und es „... geht um die Frage, ob das Wort „Sky Shield“ im Regierungsprogramm steht ...“ (siehe: Gesamtprotokoll, insbes. Seite 72-73 - <https://epicenter.works/content/verhandlungsprotokoll-der-fpoe-oevp-koalitionsgespraech-04022025>).

Genau: egal wie das Kind heißt, mehr, größere und stärkere Luftabwehrraketen (gegen Osten) sollen her, am besten mit Deutschland, das ja bekanntlich in der NATO ist. Womit „Lücken“ bei der Übereinstimmung und Funktion der Systeme von NATO/Deutschland und Österreich geschlossen werden sollen, egal ob das dann Sky Shield oder anders heißt.

Zudem bringt Österreich dazu „*seine geostrategische Lage und seine Expertise im Bereich der Flugraumüberwachung ein*“ (<https://aviation.direct/deutschland-oesterreich-und-die-schweiz-vertiefen-zusammenarbeit-der-luftstreitkraefte>). Gemeint ist die seit dem Kalten Krieg in Österreich von den USA installierte militärische Luftraumüberwachungssystem „Goldhaube“. Dazu passt erschreckend, dass Deutschlands „Kriegsminister“ Pistorius sagt, dass Deutschland schnell aufrüsten muss, um spätestens 2029 „kriegstüchtig“ zu sein: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264>, spricht: für einen Krieg gegen Russland gerüstet zu sein. Hat das Verhalten der österr. Entscheider das Ziel, dass Österreich wieder an der Seite Deutschlands in Kriege mitmarschiert? Auch da kein Aufschrei der Parteien, auch nicht von FP/Kickl.

Mit so einem NEUERLICHEN „ANSCHLUSS AN DEUTSCHLAND“ hat auch FP/Kickl kein Problem – ÖVP, SPÖ, NEOS, Grüne, sowieso nicht.

ÖVP und GRÜNE haben in der bislang (Stand 21.2.2025) noch amtierenden Regierung, die Neutralität und Sicherheit Österreichs weiter ausverkauft. Etwa mit der von ihnen beschlossenen „Neuen Sicherheitsstrategie“, die eine noch stärkere Anbindung Österreichs an EU/NATO/Deutschland vorsieht. Kernsatz: „*Es ist wesentlich, dass wir die Kooperationsmöglichkeiten mit der NATO in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit sowie im Interesse der Stärkung der Interoperabilität unserer militärischen Kapazitäten ausschöpfen.*“ Siehe:

<http://unsere-neutralitaet.at/wp-content/uploads/2024/09/Neue-Sicherheitsstrategie-27-8-2024-HP.pdf> sowie <https://orf.at/stories/3367719/>

Die **NEOS** sind ganz offen für eine EU-Armee (<https://orf.at/stories/3355073/>) und gegen die Neutralität – und sollen jetzt im Falle einer VP-SP-NEOS-Regierung eventuell sogar das Außenministerium bekommen, wo sie dann ihre Vorhaben, Österreich in die EU-NATO-Strukturen einzugliedern umsetzen könnten.

Die **SPÖ** hat zuletzt über ihren Vertreter in der Verhandlungsgruppe „Landesverteidigung“ der Koalitionsgespräche zwischen SPÖ, ÖVP und NEOS, den Vorarlberger SP-Vorsitzenden Mario Leiter, wissen lassen, dass die SPÖ bei Sky Shield gemeinsam mit den NEOS der ÖVP weit entgegenkam:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250122_OTS0145/spoe-chef-leiter-ueberrascht-ueber-ploetzliche-oevp-kehrtwende-bei-sky-shield.

Die **FPÖ**, immer schon deutsch-national ausgerichtet, hatte und hat als Hauptanliegen, Österreichs wirtschaftlich schon weitgehend gegebenen „Anschluss an Deutschland“ auch strategisch und militärisch wieder zu befördern.



Quelle: ORF

Die Industrie hatte ganz offen nichts dagegen. Der selbsternannte „Europa-Kritiker“ FP-Kickl schickte eine werbewirksame Videobotschaft an das Treffen der rechts-rechten EU-Patrioten in Madrid Anfang Februar 2025, in der er fordert: „Make Europe Great Again“.

Schnell verstummt ist die im FP-Wahlkampf den Wählern vorgetäuschte „Europakritik“ oder an NATO-Deutschland. Der Besuch von US-Vizesheriff Vance bei AfD-Chefin Alice Weidel und deren Lob für US-Sheriff Trump, wird auch von FP/Kickl stürmisch begrüßt und gelobt.

Das Verhalten aller Parteien ist verheerend für die Neutralität und damit für die Sicherheit Österreichs. All diese Ereignisse und Machenschaften zeigen: **Wollen die einen ein hochgerüstetes „US-Europa“ oder ein „EU-Europa“, will FP/Kickl ein „DEUTSCHES Europa“.** All diese „Europas“ sind katastrophal für Österreich und seine Bevölkerung! Mit Erhalt und Erhöhung der Sicherheit Österreichs, mit dem Schutz der Neutralität und Souveränität Österreichs, haben all diese Vorhaben der Etablierten, egal ob in Regierung oder Parlaments-„Opposition“, nichts zu tun! Im Gegenteil!

Geht es nach den bisher Regierenden, den bisherigen Verhandlern oder einer künftigen Regierung, also nach allen parlamentarischen Parteien und den Chefs in Wirtschaft, Industrie und Militär, droht Österreich noch mehr in Kriegsvorbereitungen hineingezogen zu werden. Das steht im totalen Gegensatz zum Verfassungsgesetz der immerwährende Neutralität Österreichs und dem Willen von 80 bis 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung!

Wollen wir keine Belastungen auf dem Rücken der Bevölkerung, auf Kosten der arbeitenden Menschen, keinen Umbau in einen autoritären Staat mit noch mehr Sozialabbau, Polizei- und Überwachungsstaat sowie Aufrüstung und Hineinziehen Österreichs in Kriege, dann müssen wir uns selbständig und gemeinsam auf die Beine stellen, aktiv werden und dagegen Widerstand organisieren. Demokratie kann ja nicht heißen, dass man bloß von einer Elitenpartei zu anderen wechselt, um dann nur wieder genarrt und zur Kasse gebeten zu werden.

- **NEIN zu jeglichem Belastungspaket für die Bevölkerung – egal von/mit welcher Partei**
- **NEIN zur Teilnahme Österreichs an von USA/NATO, EU, Deutschland und mit Sky Shield usw. betriebenen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung**
- **JA zu Neutralität und Ausbau des Sozialstaates**

Aktuelles zur geplanten Regierung: www.prosv.at

Jeder gegen jeden: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg

Die USA wollen schon seit Jahren ihren wirtschaftlichen Abstieg und ihre Konkurrenz zu China militärisch ausgleichen (siehe andere Artikel in dieser Ausgabe). Einerseits durch massive militärische Expansion und Aufmarsch in Fernost und im Südchinesischem Meer. Andererseits durch Schwächung „Europas“ und der EU als auch Russlands. Am besten für die Interessen der USA ist es, die europäischen Länder bzw. EU-Staaten

- a) in Konkurrenz oder gar in Krieg mit Russland zu bringen, um sowohl „Europa“ als auch Russland zu binden und zu schwächen
- b) in noch mehr wirtschaftliche Abhängigkeit von der USA und zur völligen Abkopplung von Russland und China zu bekommen und
- c) untereinander zu spalten und gegeneinander aufzubringen.

Das zeigt sich jetzt ganz offen bei und nach der Münchner Kriegskonferenz, wo die EU-„Führer“ samt Ukraine-Präsident Selenskyj (Russland war gar nicht eingeladen) wie die aufgescheuchten Hühner reagierten. Wer solche „Freunde“ hat, braucht keine Feinde mehr.

Während die EU, die europäischen Länder, fast einheitlich weiterhin die größte Gefahr in Russland sehen, demütigt, bedrängt und schwächt die USA durch Trump die „Verbündeten“. Die europäischen und die EU-Entscheider wiederum nutzen die Angriffe aus den USA dazu, nach noch mehr „eigenständiger“ Hochrüstung oder gar Aufbau einer nuklearen Abschreckung in „Europa“, der EU oder für Deutschland zu rufen.

Von der Leyen schlug für die EU ein Kriegsaufrüstungspaket von 500 Milliarden Euro vor. Deutschlands Außenministerin Baerbock sprach von rund 700 Milliarden Euro (Berliner Zeitung, 17.2.2025). In Wirklichkeit ist noch viel, viel mehr vorgesehen: Laut US-Finanzmärkten wollen die größten europäischen Mächte über die nächsten 10 Jahre fast 3.000 Milliarden Euro für Militär und Aufrüstung ausgeben (Bloomberg Economics, 17.2.2025). Das Kriegsmaterial soll vor allem in den USA gekauft werden (FAZ, 14. Und 16.2.2025). Das sind rund 7.000 Euro pro EU-Bewohner! (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=128869>, 18.2.2025).

Dafür soll die EU-Schuldenbremse ausgesetzt werden. Geht es um Soziales, Gesundheit, Bildung usw. also um ein gutes Leben für alle, ist angeblich kein Geld da.

„Europa“ soll und will also selbst noch mehr aufrüsten. Großbritannien, Frankreich, Polen, Holland oder Schweden wollen mit Rückendeckung und in Abstimmung mit den USA „Friedenstruppen“ in die Ukraine schicken. Deutschland wartet noch zu. Der österreichische General Robert Brieger, derzeit Vorsitzender des Militärausschusses der EU (EUMC), des höchsten militärischen Gremiums innerhalb des EU-Rates will, dass auch Österreich dazu Soldaten stellt.

US-Präsident Trump will angeblich keine eigenen Soldaten in der Ukraine stationieren. Dies und die weitere Finanzierung des Ukrainekrieges sollen „die Europäer“ übernehmen. Für US-Firmen aber, die vermehrt in der Ukraine aktiv werden, soll US-„Militärschutz“ zur Verfügung stehen:

„Präsident Trump verlangt als Dankeschön aus Kiew die Bodenschätze der Ukraine ... Da die Ukraine seiner Ansicht nach eines Tages ein Teil Russlands sein könnte, müssten die US-Investitionen garantiert werden. Wenn sich dann die amerikanischen Konzerne auf die Ausbeutung stürzen, werden sie auch einen amerikanischen Militärschutz für ihre Milliardeninvestitionen fordern. So könnte sich schließlich doch ein Beitrag der USA für die Sicherheit der Ukraine herausstellen.“ (Außenpolitik-Redakteur Kurt Seinitz in der „Kronen-Zeitung“, 15.2.2025).

Unverblümt geht's wohl nicht. Das zeigt, was von den „Friedenstönen“ zu halten ist. Denn der von Seinitz zitierte „Beitrag der USA für die Sicherheit der Ukraine“ wäre in Wirklichkeit die Besetzung von Gebieten mitten in der Ukraine durch US-Militär im Namen von „Friedenssicherung“, ohne (europäischen Teil) der NATO, sondern nur durch die USA. Die USA geben mit rund 850 Milliarden Euro doppelt so viel für Rüstung und Krieg aus wie die europäischen NATO-Staaten und Kanada mit in Summe rund 430 Milliarden Euro.

Deutschland als größtes EU-Land will eigene nukleare Abschreckung

In Deutschland wird dieser Tage ein sogenannter Militär-experte, Gustav Gressel, auf und ab zitiert. Er bezeichnet die Gespräche Trump–Putin, USA–Russland über die Köpfe „der Europäer“ hinweg und die Entwicklung als „Durchbruch zum großen Krieg“. Was meint der Herr Experte damit? Nicht, dass man nach einem echten Waffenstillstand und Friedensverhandlungen suchen, sondern, dass „Europa“, insbesondere Deutschland, auch atomar hochrüsten soll:

„Anstatt nett zu ihm (Putin, Anm. d. Red.) zu sein, braucht Europa Machtmittel, um Gegendruck aufzubauen. Dabei sollte es keine Tabus geben: sofort aus dem Nichtverbreitungsvertrag (Atomsperrvertrag, Anm. d. Red.) auszusteigen, wäre eine überlegenswerte und auch rechtlich berechnete Drohung. Denn dass dieser Trump im Konfrontationsfall das amerikanische nukleare Gewicht in die Waagschale wirft, um einen Angriff auf Europa aufzuhalten, ist äußerst unwahrscheinlich. Die Amerikaner benutzen ihr nukleares Privileg, um jetzt einfach Erpressungen zu fahren.“

Auf die Frage, was Europa jetzt tun müsse, sagt Gressel: „Wenn wir alle in ein gemeinsames europäisches oder im Extremfall auch deutsches Nuklearwaffenprogramm einzahlen, kommen wir auch auf die Trump-Forderung von fünf Prozent. Das ist aus meiner Sicht die einzige Art und Weise, die europäische Unabhängigkeit und Sicherheit zu bewahren ... Für die deutsche Sicherheit ist es im Grunde unumgänglich, dass man über eine zuverlässige nukleare Abschreckung verfügt. Die

amerikanische ist seit den vergangenen Tagen nicht mehr glaubwürdig ... Wir brauchen jetzt eine nukleare Abschreckung, die die Russen zurückweisen kann.“ (Hervorhebung d. d. Red.)

<https://www.gmx.at/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/militaerexperte-durchbruch-grossen-krieg-40661774> - 14.2.2025).

Na, bumm! EU/D-Mobilmachung gegen Russland?!

Auch Österreich muss sich entscheiden

EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen sagt, jetzt müsse sich jeder entscheiden, auf welcher Seite er steht. Die jetzigen und künftigen Regierenden bei uns haben sich bislang auf die Seite von USA/NATO/EU/Deutschland gestellt – zuletzt mit Sky Shield oder mit einer Luftabwehrkooperation vor allem auf die Seite Deutschlands.

„Auch Österreich muss sich entscheiden“, sagt die laut Kurier als Ex-NATO-Strategien bezeichnete Stefanie Babst (Kurier, 20.2.2025). Babst war in den Jahren 2006 bis 2020 ranghöchste Deutsche im NATO-Generalsekretariat für die Public Diplomacy Division (PDD) der NATO aktiv. Das ist die NATO-Abteilung, die zur Aufgabe hat, das öffentliche Image der NATO, somit das Vertrauen und die Unterstützung der NATO zu fördern (<https://www.nato.int/structur/pdd/2024/2024-content-guidelines.pdf>).

Ausgerechnet und bezeichnenderweise lässt der „Kurier“ diese „deutsche NATO-Expertein“ uns Österreichern wieder die Welt erklären und sagen, wohin wir gehören

sollen: an die Seite (NATO-)Deutschlands. Sollen wir schon wieder am „deutschen Wesen genesen“? Wieder einmal? Hatten wir das nicht schon zur Genüge (1. und 2. Weltkrieg)?! Nein danke, nie wieder!

Dabei wollen, sollen und dürfen wir nicht mitmachen! **Ja, entscheiden wir uns! Mehr denn je für die immerwährende Neutralität Österreichs.**

Wir dürfen an keinen Plänen von Super- oder Großmächten zur Kriegsvorbereitung oder gar an Kriegsaktivitäten mitwirken. Weder ideell, finanziell, wirtschaftlich oder militärisch. Weder an der Seite der USA, noch an der Seite Russlands, Deutschlands oder anderer Großmächte! Machen wir dabei mit, könnten wir am Ende wie heute die Ukraine zwischen den Profit- und Kriegsinteressen der verschiedenen Super- und Großmächte zerrieben und erst recht zum Angriffsziel oder Schlachtfeld mit hunderten Tausenden Toten werden.

- **Beim Wettstreit der Kriegstreiber darf das immerwährend neutrale Österreich nicht mitmachen!**
- **Keinerlei Teilnahme an Aufrüstung und Krieg an niemandes Seite!**
- **Die Neutralität ist wichtiger denn je! JA zur immerwährenden Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs**
- **JA zu Waffenstillstand & Friedensverhandlungen**
- **Gegen die Kriegstreiber in Ost und West**

Gaza:

Israel raubt den Palästinensern ihr Erdöl und Erdgas!

Bei Israels Krieg samt Genozid gegen die Palästinenser im Gaza-Streifen geht es dort u.a. auch um die lukrative Ausbeutung von Erdöl und Erdgas:

Israel hat im Oslo 2- Abkommen 1995 die Rechte des palästinensischen Volkes in Gaza auf Öl bzw. Gasvorkommen im Meer vor seiner Küste anerkannt. Im Jahr 2000 hat die von Israel beauftragte Firma British Gas 20 Seemeilen vor der Küste Gazas reiche Öl- und Gasvorkommen gefunden. Nach dem Gaza-Krieg 2008 hat Israel entgegen dem Völkerrecht und den früheren Vereinbarungen das an den Gazastreifen grenzende Seegebiet zu seinem Eigentum erklärt. Danach hat Israel die US-Firma Chevron beauftragt, die Förderung von palästinensischer Gas- und Ölgewinnung aus dem Meer zu betreiben. Das Projekt wurde dann wegen regelmäßigen militärischen Zusammenstößen aufs Eis gelegt. 2017 schätzte die UN-Kommission den Wert der Gas- und Öl-Vorkommen vor Gaza auf ca. 520 Milliarden Dollar, 80% davon das Gas. Heutiger Wert insgesamt ca. 600 Milliarden Dollar. Seit September 2022, nach der Sprengung bzw. Stilllegung von Nord-Stream 1 und 2, weiteres wegen des Fracking-Booms, wollten die USA, dass günstiges Gas aus Russland und Iran unter allen Umständen vom Markt ferngehalten werde. Im Sommer kam es unter Vermittlung der USA zu einem Treffen zur raschen Entwicklung des Gasfeldes vor Gaza. Am 18. Juni 2023 erklärte dann Netanyahu, dass das Projekt der Gas- und Ölgewinnung aus

dem Meer vor Gaza notwendig sei, um die Sicherheit und die diplomatischen Bedürfnisse des israelischen Staates zu gewährleisten. Die Hamas protestierte und bekräftigte, dass „unser Volk in Gaza das Recht auf seine Bodenschätze hat“. Israel hat nun am 30.10.2023, also drei Wochen nach dem Beginn des Gaza-Krieges, Lizenzen für Gasförderung an 6 Konzerne vergeben, unter anderem an BP, ENI, SOCAR (State Oil Company of Azerbaijan Republic).

Das heißt, Israel eignet sich das Erdgas, das dem palästinensischen Volk gehört, an. Und es besteht, so viel scheint klar, ein Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg. Es geht also nicht wirklich um Religion und Geschichte, sondern um Geld und um Bodenschätze, die Israel, wohl auch für die USA und Großbritannien ausbeutet. Es geht um billige Erdgasreserven, um russische Erdgaslieferungen auch in Zukunft zu verhindern (zitiert aus: www.anti-spiegel.ru/2023/die-wahren-gruende-fuer-den-krieg-in-gaza/, 10.01.2024).



GAZA: Screenshot: Weltjournal+ ORF 2, 12.2.2025

Westjordanland:

Landraub und Vertreibung der Palästinenser

Die Regierung Netanyahus mit dem rechtsextremen Parteibündnis Religiöser Zionismus und Siedler hat die Vertreibung der Palästinenser und den Landraub von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben. Der erste Satz der Regierungsleitlinien der Regierungskoalition vom Dezember 2022 lautet:

„Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel – Galiläa, den Negev, den Golan sowie Judäa und Samaria [die biblischen Begriffe für das Westjordanland, Anm. d. Autorin] – fördern“

(zitiert nach Carrie Keller-Lynn/Michael Bachner, Judicial Reform, Boosting Jewish Identity: The New Coalition's Policy Guidelines, 28.12.2022, <http://www.timesofisrael.com/judicial-reform-boosting-jewish-identity-the-new-coalitions-policy-guidelines>).

Bezalel Smotrich sagte, als er im Februar 2023 neue Befugnisse für das Westjordanland erhielt, u.a.:

„...Es wird keinen Stopp beim Siedlungsbau geben. Nicht für einen Tag“. <https://taz.de/Israels-Finanzminister-Bezalel-Smotrich/!5915764/16>

Israel hat im Gaza-Krieg Völkermord betrieben, gleichzeitig hat es immer mehr Angriffe gegen die Palästinenser im Westjordanland durchgeführt bzw. verstärkt diese nun noch in bisher nie dagewesenem Ausmaß. Nun finden dort Massenvertreibungen, Luftangriffe, Zerstörungen und Tötungen durch die israelische Armee statt. In Dschenin wurden Anfang Februar 90% der 17.000 Bewohner aus ihrem Lager vertrieben, die Häuser wurden gesprengt. In Tulkasem wurden 75% der 10.000 Bewohner zur Flucht gezwungen. Insgesamt wurden über 40.000 Palästinenser aus 4 Flüchtlingslagern und aus der Gegend Jenin, Tulkarm und Tubas vertrieben. (Stand 5.2.2025) <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-264-west-bank>).

Die Hälfte aller Todesfälle palästinensischer Kinder im Westjordanland seit 2005 haben sich allein in den letzten 2 Jahren ereignet. Im Westjordanland leben 3 Millionen Palästinenser und ca. 700.000 israelische Siedler, 1993 waren es 100.000 Siedler. Das Land ist ein Fleckerlteppich, das ganze Land wird von der israelischen Armee kontrolliert, sie hat dort 700 Militärstützpunkte bzw. Kontrollstellen. Die Siedler haben eigene Straßen, die die Palästinenser nicht benutzen dürfen. Seit der neuen Regierung von Netanyahu mit den religiös-faschistoid rechtsradikalen Parteien haben die Siedler noch mehr Freiheit, ansässige Palästinenser zu verletzen, zu vertreiben, zu töten und sich deren Land anzueignen. Laut Amnesty International wurden allein im Jahr 2023 im Westjordanland 507 Palästinenser getötet. Diese Verbrechen samt illegaler Besiedlung werden nicht nur

von der israelischen Armee unterstützt, die Siedler sind auch Teil der Armee. Im Westjordanland dienen derzeit 5.500 Reservisten der Armee, die Siedler des Westjordanlands sind.

Minister Itamar Ben-Gvir von einer religiös-faschistoiden Siedlerpartei verlangte 2024 die Annexion des Westjordanlands und die Aussiedelung der Palästinenser.

Finanzminister Smotrich, Chef des rechtsextremen Parteibündnisses Religiöser Zionismus und Siedler, hat 2023 „neue Befugnisse in zivilen Angelegenheiten in weiten Teilen des Westjordanlands erhalten“. In seinen Händen liegt nun die Kontrolle über die Infrastruktur im Westjordanland – inklusive Baugenehmigungen sowohl für israelische Siedler:innen als auch für Palästinenser. Seit 2023 lässt er 10.000 und mehr neue Wohneinheiten im Westjordanland errichten. Er sagt:

„So etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt.“

Smotrich hat im November 2024 gesagt: *„2025 ist das Jahr der Souveränität in Judäa und Samaria“.*

Smotrich fordert die Annexion des Westjordanlandes seit langem, er sieht jetzt, nach Trumps Wahlsieg, die Gelegenheit dazu und er hat eine Abteilung des Verteidigungsministeriums beauftragt, mit der

„Vorbereitung der für eine Annexion notwendigen Infrastruktur zu beginnen“.

Netanyahu sagte gegenüber Vertrauten:

„... sobald Trump im Amt sei, komme das Thema Annexion zurück auf die Tagesordnung“ (Öffentlich rechtlicher Sender Kan Reshet Bet, zitiert in „Die Presse“ 14.11. 2024)



Screenshot: ORF 2, 24.2.2025

Angriff auf Gesundheit und Krankenkassen

Peter Lehner (ÖVP), Obmann der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) sowie bis Ende 2024 Obmann der Unternehmerseite in der Österreichischen Gesundheitskasse ÖGK und an der Spitze des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger (1), schlug wegen des von der ÖVP-Grünen-Regierung für die Förderungen der Wirtschaft explodierten Budgetdefizits vor, bei der Gesundheit der Allgemeinheit Einschnitte zu machen. So sagte er:

„Wir dürfen vom Gesundheitssystem nicht den Mercedes in Vollausstattung erwarten. Die Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, einen guten Standard-Golf zu liefern und nicht den Mercedes“ (Kurier, 29.12.2024).

Ungeheuerlich. Lehner war schon zu Zeiten der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017 - 2019) und seither dafür mitverantwortlich, dass jetzt das Defizit der ÖGK, also der Krankenkasse der Arbeiter und Angestellten, bereits auf eine halbe Milliarde Euro angewachsen ist und dieses Jahr auf 900 Millionen Euro (Kurier, 14.2.2025) und in den nächsten Jahren auf eine Milliarde und mehr Euro anwachsen soll, wenn so weiter gemacht wird.



Quelle: Kurier

Geschieht nichts, erwartet der ÖGK-Obmann der Arbeitnehmerseite, Andreas Huss (SPÖ), „bis 2028 Verluste von insgesamt 4 Milliarden Euro“, sollte die Wirtschaft nicht stärker wachsen (1). Verantwortlich dafür ist die ÖVP-FPÖ-Sozialversicherungsreform mit der Kassenfusion aus 2018 (2). Die Pauschale der Unfallversicherung an die ÖGK für die Versorgung Verunfallter wurde verringert, die Gesundheitskasse muss zudem mehr Mittel in den Privatspital-Fonds (PRIKRAF) einzahlen. Laut Huss beträgt die Belastung der ÖGK dadurch 1,7 Milliarden Euro seit 2019. Huss fordert weiters einen Zuschuss des Bundes (3).

Zudem verschärfen die schon seit 2012 von der EU für die Budgets der Mitgliedsländer und somit auch für die

Gesundheitsausgaben vorgeschriebenen Obergrenzen (EU-Fiskalpakt) gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Situation. Ziel: Der Sozialstaat soll für Privatprofiteure kaputtgespart werden. Der damalige EZB-Chef Mario Draghi verlangte klipp und klar, den „europäischen Sozialstaat zum Auslaufmodell“ zu machen (Standard, 24.2.2012).

Milliardendefizit statt „Patientenmilliarde“

Statt der von FP und VP 2018 bei der Sozialversicherungsreform angekündigten „Patientenmilliarde“ (2) kommt es zu jährlich immer höherem Defizit! Gespickt mit dem Zynismus des „Mercedes-Golf-Vergleiches“ bedeutet das noch mehr Zwei- bis Drei-Klassenmedizin. Wer durch Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten oder durch Erbschaft Geld angehäuft hat, wird nach Lehner in der „Mercedes-Klasse“ versorgt, wer wenig verdient, soll weniger Gesundheits- und Krankenversorgung erhalten. Ginge es nach FP und VP (so war der Stand der FP-VP-Verhandler vor Abbruch) soll dort weitergemacht werden, wo Türkis-Blau, wo Kurz-Strache/Kickl/Hartinger-Klein 2017 begonnen haben:

- Mit der Umfärbung der Sozialversicherung 2018, können dort die Unternehmer durch die von FP und VP geschaffene „Parität“ in den Gremien, wenn sie wollen, alles blockieren bzw. mit den schwarzen „Arbeitnehmervertretern“ sogar eine Mehrheit haben. Das, obwohl die Krankenkassengelder in der ÖGK nicht von den Unternehmern, sondern von den Arbeitern und Angestellten stammen.
- Damit zusammenhängend erfolgt die weitere finanzielle Aushungerung der ÖGK durch Streichung von bis dahin erstatteten Abgeltungen. Zum Beispiel von der AVUA, weil die Unternehmerzahlungen für die Unfallversicherung reduziert wurden.
- Umleitung von Sozialversicherungsgeldern der Arbeiter und Angestellten (ÖGK) zu privaten „Gesundheitsbetreibern“ (Stichwort: Privatkrankenanstalten Finanzierungsfond - PRIKRAF), somit Umverteilung zur teuren Privatmedizin (Privatspitäler, Wahlärzte).
- Die ÖGK trägt im solidarischen Sozialversicherungssystem mit rund 6 Milliarden Euro aus den Versichertengeldern der Arbeiter und Angestellten am meisten zur Spitalsfinanzierung bei. Dieser Spitalfinanzierungsbeitrag steigt jährlich um ca. 500 Mio. Euro (4). Gleichzeitig trägt die ÖGK die Kosten der Verlagerung der Patientenbehandlungen weg von den überlasteten Spitälern zu den niedergelassenen Ärzten, ohne diese voll abgegolten zu bekommen.
- So gelangt die ÖGK in die doppelte Mühle und damit in eine immer höhere Defizitspirale. Ausweg: Zuschuss aus dem Budget oder eine andere Finanzierungsgrundlage (siehe weiter unten).
- Durch diese Aushungerung der ÖGK soll absichtlich

Fortsetzung nächste Seite

ein Defizit „proviziert“ werden. Dieses „Defizit“ soll dann, geschieht nichts, zum Vorwand genommen werden, medial den Ruf nach Privatisierung der „maroden solidarischen Sozialversicherung“ zu rufen und die Versichertengelder der Arbeiter und Angestellten so gänzlich in die Hände der Privaten überzuführen.

Ähnlich wurde seinerzeit mit der Verstaatlichten Industrie (VI) verfahren: Zuerst durch Mittelentzug und Nichtfinanzierung die Betriebe aushungern, dann die so unverschuldet zu Schulden gekommene VI über die Allgemeinheit entschulden. Schließlich die so entschuldeten Betriebe an die Privaten verscherbeln. Die Privaten können anschließend – oh Wunder – auf einmal „gut wirtschaften“ ... Eine ähnliche Vorgangsweise schwebt sowohl ÖVP als auch FPÖ oder NEOS für die ÖGK vor – und die SPÖ gibt bestenfalls hinhaltend nach.

- Für die Patient:innen bedeutet diese Situation längere Wartezeiten in Spitälern UND bei Ärzten, weniger Kassenärzte, mehr teure private Wahlärzte, die sie dann zusätzlich zum Sozialversicherungsbeitrag aus eigener Tasche (Selbstbehalte) bezahlen müssen



Quelle: Kontrast

- Die nicht entsprechende Erhöhung des Gesundheitsbudgets im erforderlichen Ausmaß für die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen für alle im öffentlichen Gesundheitssystem, spielt privaten Gesundheitsanbietern, Privatärzten und privaten Gesundheitskonzernen in die Hände, die sich als „Retter“ aufspielen und die Hand beim Patienten aufhalten

Das muss eine neue Regierung stoppen! Dagegen müssen ÖGB, AK, SPÖ, Jugend- und Pensionistenvertreter:innen mobilisieren! Gegen diese Entwicklung muss auch die Ärzteschaft, müssen jene Ärzte, die an einem am Gemeinwohl orientierten Gesundheitssystem und nicht an einer Scheckkarten-Medizin interessiert sind, auftreten und hinwirken.

Zum Beispiel durch ein System der Finanzierung der sozialen Töpfe, die zur Grundlage die Bemessung der Wertschöpfung hat statt bloß die Einkommen der Beschäftigten (Bemessung auf Basis der Lohnsumme). Wertschöpfungsbemessung als Form zur Finanzierung der sozialen Töpfe bedeutet, dass alle Werte, die Menschen in Dienstleistung und Produktion direkt oder indirekt (via Maschinen und/oder KI) erwirtschaften, also auch die von

den Arbeitenden erwirtschafteten Gewinne usw. der Firmen und Konzerne, als Berechnungsgrundlage berücksichtigt werden müssen. Die derzeit gültige Form der Finanzierung der sozialen Töpfe hat die Lohnsumme zur Berechnungsgrundlage (= Summe der Löhne, die ein Unternehmen dem gesamten Personal im Kalenderjahr bezahlt, und auf die bezugnehmend Beiträge abzuführen sind). Dieses Finanzierungssystem hängt somit von der Bereitschaft der Unternehmer und Konzerne ab, ob und was diese bereit sind, Beschäftigten zu bezahlen und wie viele Menschen sie bereit sind, zu beschäftigen. Das bedeutet, dass Profitsicherung und die Abwälzung von Schwankungen und Risiken auf die Allgemeinheit leichter sind, also: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste.

Was man von den neuen Regierungsvorhaben hört, sei in der Sozialversicherung eine weitere schleichende Privatisierung geplant, etwa im Rehabilitations-Bereich durch mehr Kooperation mit privaten Gesundheitskonzernen.

(1) Seit der Sozialversicherungsreform 2018 wechselt die Obmannschaft in der ÖGK halbjährlich zwischen den Vertretern von Unternehmer- und Arbeiter- und Angestelltenseite ab

(2) Siehe Kurzbericht über die Kritik an der Sozialversicherungsreform 2018, wo die Grundlage für den Defizitweg, die Aushungern und die schrittweise Privatisierung der Sozialversicherung gelegt wurde:

<https://www.facebook.com/kontrast.at/videos/2139996242918421/>

(3)

<https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/19072166/oe-gk-erwartet-naechstes-jahr-defizit-von-bis-zu-800-millionen-euro>

(4) <https://kurier.at/politik/inland/krankenkasse-oegk-defizit-oesterreichische-gesundheitskasse-peter-mcdonald-prognose-andreas-huss/403010731>

Schon jetzt:

Hohe Selbstbehalte

„Bereits jetzt bezahlen sich die Menschen in unserem Land rund 23 % der 51 Mrd. Euro Gesundheitsausgaben zusätzlich zu Steuern und Beiträgen aus der eigenen Tasche, das sind ca. 11 Mrd. Euro pro Jahr. Die öffentliche Hand entledigt sich daher mehr und mehr ihrer Verantwortung für ein solidarisches Gesundheitssystem und lädt die Finanzierungslast mehr und mehr auf die privaten Taschen der Menschen ab, zum Beispiel bei Wahlarztkosten, Zahnbehandlungen, privater Krankenversicherung, Medikamenten und sonstigen Selbstbehalten.“ (Andreas Huss, Kurier, 4.10.2023)

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!

JA zu einer öffentlichen und selbstverwalteten solidarischen Kranken- und Sozialversicherung in Arbeiter- und Angestelltenhänden mit entsprechender finanzieller Ausstattung.



Eine Knie-Leidensgeschichte, oder wie erlebte ich den Weg zum Spitalsaufenthalt als Kassenpatient.

Ich leide schon länger an meinen kaputten Knien. In der Ordination einer sehr netten Ärztin bekam ich den Tipp, in die Privatordination eines Oberarztes zu gehen, denn er operiere sehr erfolgreich und die Wartezeit auf die OP sei etwas geringer (für den Patienten). Die OP sei in „seinem“ Spital (es handelte sich um ein öffentliches Spital). Das Einzige was zu bezahlen wäre, seien die Besuche in seiner Ordination.

Ich bekam einen OP-Termin im Mai 2025. So habe ich auch eine Spritzenkur bei ihm gemacht, was einige hundert Euro gekostet hat. Ich hatte die Hoffnung, die OP noch bis zur Pensionierung hinauszuzögern.

Da diese Behandlung keinen Erfolg hatte, war klar, dass mein Knie möglichst bald operiert werden musste (vor Mai 2025), denn meine Schmerzen waren unerträglich.

Bei einer Kontrolle sagte ich dem Oberarzt, falls jemand ausfalle, wäre ich auch kurzfristig bereit einzuspringen. Zwei Wochen später rief er mich an, um mir einen Operationstermin für Anfang November anzubieten. Ich sagte zu und war sehr glücklich darüber. Vor dem Auflegen meinte er noch, falls ich ihm etwas für diesen Termin geben möchte, sollte ich ihm das, was ich für angemessen halte, in einem Kuvert geben, falls ich das möchte.

Ich war verwirrt, habe nichts dazu gesagt, habe aber den OP-Termin wahrgenommen, Die Operation verlief erfolgreich. Im Nachhinein wurde ich von ihm darauf hingewiesen, dass noch etwas offen sei, denn er habe mir den günstigen Termin vermittelt. Ich hätte ihm kein Kuvert gegeben. Da ich in einem öffentlichen Spital operiert wurde, hielt ich das für nicht notwendig und war auch nicht bereit dazu, auch wenn ich durch die Blume verstanden habe, dass er dies erwartet hatte.

Er ist ein toller Arzt, aber dass man nur mit Kuvert zu einem medizinisch notwendigen Termin kommt, ist eine echte Frechheit. Er nahm sicher an, dass ich dem Druck nachgeben würde.

Mir war ein früher Termin wichtig, da ich nicht in den Krankenstand gehen wollte, um möglichst schnell wieder arbeitsfähig zu sein. So konnte ich bis zur Operation noch arbeiten. Meine Reha habe ich relativ schnell nach der OP angetreten und bin sofort danach wieder am Arbeitsplatz gestanden. Dieser frühe Termin war sicher am kostengünstigsten für die Allgemeinheit. Ein solcher Termin sollte nicht von einem Kuvert und einen Besuch in einer Privat-Ordination abhängig sein. Mit meinem Einkommen konnte ich die zusätzlichen Kosten nicht finanzieren, zum Glück hatte ich von einer alten Beschäftigung noch Reserven. Aber wer hat noch Reserven in Zeiten rasender Teuerung? Mir ist klar, ich war privilegiert.

Drohnenangriff auf den AKW-Sarkophag von Tschernobyl:

AKWs in Krisen- und Kriegsgebieten sind brandgefährlich – aber nicht nur dort!



Aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben) ging die aus Steuergeldern von den Staaten hoch subventionierte, volkswirtschaftlich völlig unwirtschaftliche und tödliche Atomnutzung für Strom (AKW) hervor. Durch AKWs wiederum kann spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Ein tödlicher Profittkreislauf.

Seit Beginn der Atomstromnutzung, dienen den Staaten AKWs und die Propaganda von der „friedlichen Atomnutzung“ (USA-Programm „Atoms for Peace, 1953) sowie die „Internationale Atomenergieagentur“ (IAEA) als Deckmantel, Milliarden und Abermilliarden Gelder der Steuerzahler:innen für militärische Zwecke, für Aufrüstung und Krieg zu benutzen. Es ist kein Zufall, dass vor allem die Atommächte (in der EU die Atommacht Frankreich) an der Nutzung der Kernenergie ein besonderes Interesse haben. Atomwaffen- und Atomstromlobby ziehen an einem Strang. So dient z.B. der Bau des britischen AKW Hinkley Point C weniger der Energiegewinnung als v.a. für Atom-U-Boote, von denen

nukleare Trident-Raketen abgefeuert werden können (Stu- (die, Uni Sussex, <https://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/63568/>).

Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, wovor wir Atom- und Kriegsgegner*innen von Anfang an warnten: AKWs sind nicht nur schon in Friedenszeiten eine enorme Gefahr für Gesundheit und Leben der Menschen (siehe die AKW-Unfälle von Windscale (/ Großbritannien 1957), Majak (Russland 1957), Harrisburg (USA 1979), Tschernobyl (Ukraine 1986), Tokaimura (Japan 1999), Forsmark (Schweden 2006), Tricastin (Frankreich 2008) oder Fukushima (Japan 2011), sondern zusätzlich in Kriegen, wo sie zu atomaren Angriffszielen werden wie 2022 das AKW-Gelände von Saporischja oder jetzt der Sarkophag in Tschernobyl.

AKWs sind somit so oder so tickende Zeitbomben. Diese Gefahr gilt nicht nur im Ukrainekrieg, sondern für alle Krisen- und Kriegsgebiete auf der Welt, wo AKWs stehen. Das Durchschnittsalter der AKWs ist 35 Jahre. Viele AKWs sind älter und in einigen Ländern sollen die Lauf-

Fortsetzung nächste Seite

zeiten auf bis zu 60 Jahre verlängert werden, obwohl die ursprünglichen Laufzeiten auf 25 bis 30 Jahre ausgelegt waren. Man denke nur weiter: Rund um Österreich stehen AKWs, in Europa (ohne die Kaukasusstaaten, inklusive Russland und der Türkei) sind in 17 Ländern 168 AKWs am Netz. In 12 der 27 EU-Mitgliedstaaten sind 100 AKWs in Betrieb, davon stehen allein in Frankreich 56 Reaktoren, wobei immer wieder ca. die Hälfte wegen Servicearbeiten und/oder zu niedriger Wasserführung der Flüsse (auch eine Risikoquelle) nicht am Netz sind. Die größte Atomanlage Europas mit 6 Atommeilern steht in Saporischschja in der Ukraine, was erst im Zuge des Krieges von den Medien ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurde, weil es in die Kriegspropagandaschiene passt. So erfuhr man nebenbei, dass die AKWs in Saporischschja vor allem zur Stromerzeugung für die EU, nicht für die eigene Bevölkerung dienen.



Foto: © www.atomgegner.at

Während die EU beim Ukrainekrieg gegenüber den dortigen AKWs „Risikobewusstsein“ heuchelt, sollen die tickenden AKW-Zeit-Bomben sowohl in der EU als auch weltweit weiterbetrieben werden. Weitere Investitionen, also Atomprofite, werden durch die EU-Taxonomieverordnung auf Kosten von Gesundheit und Leben der Menschen ermöglicht. (Siehe unsere Stellungnahme zur Taxonomie auf unserer Website: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF_FB_17-2-22_endf.pdf).

Welche tödliche Unverfrorenheit: Während bei dem Drohnenangriff auf den Sarkophag von Tschernobyl von der IAEA (Internationale Atomenergieagentur) und der EU vor den Gefahren von Atom gewarnt wird, wird im gleichen Atemzug ein Ausbau der AKWs und der nuklearen Abschreckung in Europa befürwortet und vorangetrieben!

Nukleare Abschreckung und „friedliche“ Atomenergie

Aber nicht genug damit, will jetzt auch die EU, will Deutschland, eine „eigenständige nukleare Abschreckung“ aufbauen. Frankreich und Großbritannien sind schon die Atombombenmächte, US-Atomwaffen sind bereits in Deutschland, Italien, Belgien, Holland oder der Türkei stationiert.

Neben der direkten Atomaufrüstung kann und soll auch – wie gezeigt – die Herstellung von Atomwaffen über den Umweg der sogenannten „zivilen“ Atomnutzung erfolgen. Deshalb ist es den Atombetreibern so wichtig, AKWs als

„friedlich“, als „grün“, als Ausweg aus der Klimakatastrophe, als „sicher“ und zukunftsfähig“ hinzustellen. Unter diesen Deckmänteln hofft man leichter zu weiteren hunderten Milliarden an öffentlichen und privaten Geldern zu gelangen.

Ein wichtiger Lobbyist für die internationale Atomstrom- und Atomwaffenlobby ist die IEA (Internationale Energieagentur). Obwohl die Atomstromproduktion sich in den letzten Jahrzehnten weltweit auf 9 % halbiert hat, redet die IEA von einem „Comeback der Atomkraft“. 117 Milliarden Euro sollen dafür bis 2030 investiert werden. Vor allem aus Steuergeldern, denn **selbst die IEA kann nicht verheimlichen, dass, „die Kernkraft sich klassischerweise auf eine staatliche Finanzierung stütze“** (<https://p.dw.com/p/4pDv3>). Außerdem sagt IEA-Chef Birol, dass Deutschland mit dem Atomausstieg einen „historischen Fehler begangen“ habe (FAZ, 16.1.2025). Zeitpunkt der IEA-Atom-Propaganda ist wohl kein Zufall, wo gerade die EU oder/und Deutschland eine massive Atom-Aufrüstung für „nukleare Abschreckung“ verlangen (siehe Artikel „Jeder gegen jeden“ in dieser Zeitung).

EU-EURATOM-Rüstung

EU/EURATOM hat schon im Jahr 2011 mit dem „Energiefahrplan 2050“ für den Ausbau der Atomenergie und im Jahr 2016 mit dem „Hinweisenden Nuklearprogramm“ gemäß § 40 des EURATOM-Vertrages, für Investitionen in den Kernbrennstoffkreislauf zwischen 2015 und 2050 insgesamt 650 bis 760 Mrd. Euro vorgesehen (Brüssel, den 4.4.2016 COM(2016) 177 final - <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0177>).

Österreich finanziert EURATOM mit ca. 40 Mio. Euro im Jahr und durch seinen jährlichen EU-Beitrag von ca. 4 Mrd. Euro auch die EU-Atompolitik mit, zu der auch die Atomfinanzierungen der EU-Investitionsbanken ERBD und EIB gehören.

Kein Geld aus Österreich für die Atom(rüstungs)industrie

Österreich hat 1978 per NEIN-Volksentscheid die Atomnutzung abgelehnt, 1999 per Bundesverfassungsgesetz „für ein atomfreies Österreich“ die Teilnahme an der zivilen wie militärischen Atomnutzung verboten und sich schon 1955 per Verfassungsgesetz zur immerwährenden Neutralität, somit zur Nichtteilnahme an Militärblöcken und Kriegen, also zum Frieden, verpflichtet.

Österreich raus aus der Atom(waffen)organisation EURATOM, raus aus der IAEA, der Atomagentur der Konzerne und Atomwaffenstaaten, raus aus der Atomlobby-Organisation IEA!

Krieg ist der größte Killer für Mensch, Umwelt und Klima! Ohne Frieden ist ein gutes Leben für alle, ist Umwelt- und Klimaschutz nicht möglich. Nur mit einer nicht auf Profit ausgerichteten Solidarwirtschaft ist Frieden, und damit Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz möglich!

Ukraine: Der Westen wollte unbedingt Krieg mit Russland

Der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei der Ukraine, David Arhamija, war am 29. März 2022 in Istanbul der Chefunterhändler Kiews bei den Gesprächen in der Türkei mit Russland über einen Waffenstillstand. Zu diesen Verhandlungen brachte die Ukraine nach Istanbul schriftlich u.a. folgende Vorschläge: Waffenstillstand, Rückzug aller russischer Militäreinheiten auf die Positionen vor dem 24. Februar – dem Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Ukraine verpflichtet sich zur permanenten Neutralität, sie schließt sich keinem Block an und wird keine Atomwaffen entwickeln, im Austausch erhält sie international gültige Garantien durch verschiedene Staaten. Mögliche Garantie-Staaten sind Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland u.a.. Über die Krim und Sewastopol soll es bilaterale Verhandlungen für 15 Jahre geben und für diese Zeit verpflichtet sich die Ukraine, keine militärischen Handlungen gegen die russischen Truppen zu setzen. Über die von Russland als selbstständige Staaten anerkannten sogenannten Volksrepubliken im Donezbecken, solle noch gesondert gesprochen werden. (<https://faridaily.substack.com/p/ukraines-10-point-plan>).

David Arachamija hat nun in einem Fernsehinterview im ukrainischen TV-Sender I+I Ende November 2023 bezüglich

der damaligen Verhandlungen u.a. folgendes gesagt: „Die Russen waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir die Neutralität akzeptieren würden, wie es Finnland einst tat. Und wir waren bereit, uns zu verpflichten, dass wir der NATO nicht beitreten würden.“... „Als wir aus Istanbul zurückkehrten, kam Boris Johnson nach Kiew und sagte“: „Unterschreiben Sie nichts mit ihnen, ziehen Sie einfach in den Krieg.“ Das sagte Boris Johnson, damals englischer Premierminister, am 9. April 2022. (junge welt 9./10. Dez. 2023. S.3) Boris Johnson, Vasall der USA, überbrachte den Befehl der US-Regierung den Krieg fortzusetzen und Selenskyj, der Lakai der USA, gehorchte. Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA/NATO Interessen und Russlands Interessen. Es sterben keine EU- oder NATO-Soldaten, sondern ukrainische und russische Soldaten und die Zivilbevölkerung. Die USA haben in der Ukraine 2014 einen lang geplanten Putsch inszeniert, um dort eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Und „der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten W. Janukowytsch 2014, der durch einen Putsch, der von der Regierung der USA lanciert“, d.h. herbeigeführt wurde, abgesetzt worden war. (Jeffrey Sachs, US-Prof. an der Columbia Universität.

Südchinesisches Meer:

Die Interessen der USA

Die politischen Eliten der USA sind sich mindestens seit 15 Jahren darüber einig, dass China ihr größter Konkurrent ist, den sie bekämpfen müssen.

Der wirtschaftliche Abstieg der USA ist, so die Herrschenden in den USA, nur dadurch aufzuhalten, dass die USA China militärisch bekämpfen und niederringen. Deswegen wurden z.B. schon unter Obama 60% der US-Marine im südchinesischen Meer stationiert. Sowohl die Biden-Regierung als auch Donald Trump sind sich bezüglich China einig. Im Hinblick auf die weitere militärische Auseinandersetzung mit Russland gibt es eventuell Differenzen. Trump will, so sagt er derzeit, dass die europäischen Staaten mehr für die Rüstung ausgeben und auch militärisch im Ukrainekrieg mehr Präsenz zeigen. Ein führender US-Militär, Stratcom-Chef Charles Richard bezeichnete im Wall Street Journal 2022 den Ukraine-Krieg „als Aufwärmübung für die große Krise“(1), d.h. die Krise mit China. Und Trumps ehemaliger Sekretär im Sicherheitsrat und nunmehriger Ukraine-Beauftragte, Generalleutnant Keith Kellogg, sagte schon im Februar 2023: „Die Ukraine zu nutzen, um Russland ohne den Einsatz amerikanischer Truppen zu bekämpfen, ist Professionalität ersten Ranges, damit wir uns auf unseren Hauptfeind konzentrieren können, der China ist“(2).

„Je mehr die Ukraine Russland belastet, desto mehr wird Russlands wichtigster Verbündeter, China geschwächt“, erklärte Bill Kristol, der Neocons, der die Gruppe vor den Wahlen koordinierte, kurz darauf vor dem US-Kongress (3).

Quellenangaben aus:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=120453> Gaza, die Ukraine und Eurasien in der Krise des westlichen Niedergangs. Das Jahr 2024 – Teil I, 31. August 2024 von Rafael Poch-de-Feliu:

(1) = [«13] Editorial Board (4 de noviembre de 2022). The Big One Is Coming' and the U.S. Military Isn't Ready. Wall Street Journal. [wsj.com/articles/the-big-one-is-coming-china-russia-charles-richard-u-s-military-11667597291](https://www.wsj.com/articles/the-big-one-is-coming-china-russia-charles-richard-u-s-military-11667597291)

(2) = [«14] Kellogg, K. (28 de febrero de 2023). General Kellogg: Dies ist, was das Weiße Haus in der Ukraine falsch macht. IllinoisChannelTV. [youtube.com/watch?v=tmmPHvIbdwI](https://www.youtube.com/watch?v=tmmPHvIbdwI)

(3) = [«15] Johnstone, C. (27. September 2023). Caitlin Johnstone: Neocons lieben den ukrainischen Krieg. Consortium News. [consortiumnews.com/2023/09/27/caitlin-johnstone-neocons-love-the-ukraine-war/](https://www.consortiumnews.com/2023/09/27/caitlin-johnstone-neocons-love-the-ukraine-war/)



US-Militärstützpunkte in Fernost / Südchinesisches Meer

Die abgestellte Hungersnot

von
Friedrich Rückert

*Als im Lande Hungersnot war,
Und dem König ward berichtet,
In des Reiches reichsten Städten
Stürben viele Arme Hungers;
Höret, welche rasche Auskunft,
Welche Abhilf kurz und bündig
Peros traf, der Perserkönig.
Eigenhändig schrieb er einen
Brief an jede Stadt im Reiche,
Dieses Inhalts: Wo ein Armer
Hungers stirbt in euren Mauern,
Werd' ich für den Armen einen
Reichen nehmen, und im Kerker
Auch ihn Hungers sterben lassen.
Niemand starb im Lande Hungers,
Und die Reichen selber brauchten
Nicht zu hungern, mit den Armen
Nur den Überfluss zu teilen.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – Redaktionsteam

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum



Kurz vor Weihnachten 2024 erreichte das **Vermögen von Elon Musk den neuen Rekordwert von 400 Milliarden US-Dollar.**

Wenn man diesen Wert irgendwie einordnen möchte, ist es am besten, man bricht ihn auf ein normales Arbeitsleben herunter:

Wenn wir von 45 Beitragsjahren ausgehen, mit einer Wochen-Arbeitszeit von 50 Stunden.

Wie hoch ist sein Einkommen –

3,5 Millionen Dollar/Arbeitsstunde

Ganz schön fleißig der Elon Musk.

Übrigens sein Vermögen ist inzwischen – drei Wochen sind vergangen –

auf 416,2 Milliarden USD angewachsen
(Quelle: Forbes)

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, P. Düringer.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien